

Fraktions-News-Flash «Usem Landrat»

Landratssitzung vom 17. Oktober 2024



Deutliche Ablehnung der Mindestlohn-Initiative

Saskia Schenker (saskia.schenker@bluewin.ch)
Landrätin

Der Landrat hat in Geschlossenheit von FDP, Mitte, EVP, glp und SVP die Gewerkschafts-Initiative zur Einführung eines kantonalen Mindestlohns mit 54:29 Stimmen deutlich abgelehnt. Das ist sehr erfreulich. Wir haben betont, dass nicht die Politik, sondern die Sozialpartner in den einzelnen Branchen für die Festlegung der Löhne zuständig sind und dass wir eine Verpolitisierung der Löhne ablehnen. Natürlich stehen wir alle für gute und faire Löhne ein. Es gibt aber auch Jobs, die mit einem kantonalen Mindestlohn wegfallen würden und das möchten wir verhindern. Das Baselbiet ist ein KMU Kanton mit ganz unterschiedlichen Arbeitsplätzen und der Arbeitsmarkt hat eine wichtige soziale Funktion. Gerade viele KMU Unternehmer/innen, aber auch Grossunternehmen bieten Arbeitsplätze für Menschen an, die sie bei einer „harten“ Wertschöpfungsrechnung nicht unbedingt weiterbeschäftigen würden. Dieses soziale Engagement des 1. Arbeitsmarkts ist bedeutend für Personen, die keine Ausbildung haben und auf Hilfsjobs angewiesen sind oder für Menschen, die es schwierig haben im Leben und dank niedrigschwelligen Jobs eine Tagesstruktur haben. Sie können so im Arbeitsmarkt integriert bleiben und sich darin auch weiterentwickeln. Mit einem kantonalen Mindestlohn befürchten wir, dass solche Stellen nicht mehr angeboten werden. Auch Studentenjobs, Gelegenheitsjobs und Praktikas sind gefährdet. Die Politik der Gewerkschaften führt dazu, dass einfach der sekundäre Arbeitsmarkt weiter aufgebaut werden muss und mehr Menschen in Beschäftigungsprogrammen landen, statt dass wir sie im 1. Arbeitsmarkt mit allfälligen Begleitmassnahmen weiterbringen. So sagt auch der Regierungsrat, dass ein kantonaler Mindestlohn nicht zur Armutsbekämpfung taugt und dass die Initiative die Armutsstrategie der Regierung torpediert. Übrigens funktionieren auch die heutigen Arbeitsmarkt-Kontrollinstrumente gut: In Branchen mit allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen (ave GAV) kontrollieren die paritätischen Kommissionen, bei den anderen Branchen die tripartite Kommission (Kanton, Arbeitgeber, Gewerkschaften, TPK) die Unternehmen auf Einhaltung des branchen- und ortsüblichen Lohnes sowie Einhaltung der ave GAV-Bestimmungen (PKs). Dieses System hat sich bewährt und kann laufend an Bedürfnisse angepasst werden statt neue Kontrollsysteme und Vorgaben einzuführen. Im 2025 stimmt das Baselbieter Stimmvolk über die Gewerkschafts-Initiative ab. Wir hoffen, es lehnt den kantonalen Mindestlohn ebenfalls deutlich ab.

[Vorlage 2024/479](#)
[Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission](#)



Sicherheitsbericht Polizei.Plus offenbart Handlungs

Alain Bai (alaineduardbai@gmail.com)
Landrat

Die Gewährleistung der Sicherheit stellt für die FDP-Fraktion eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben dar, weshalb sie ihr hohe Priorität beimisst. Umso mehr zeigte sich die FDP-Fraktion in der heutigen Landratsdebatte alarmiert darüber, dass die Polizei BL eigenen Aussagen zufolge ihren Auftrag ohne Verzichtsplannungen und Aufgabenpriorisierungen nicht mehr erfüllen könne. Dies kommt nicht von ungefähr, haben doch etwa die Straftaten im Kanton allein zwischen 2018 und 2022 um 27% zugenommen. Hinzu kommen eine immer höhere Komplexität der Fälle und eine steigende Anzahl von beschuldigten Personen. Dies alles führe dazu, dass die Sicherheits-, Kriminal- und Verkehrspolizei mittlerweile Hinweisen aus der Bevölkerung aus Ressourcengründen gar nicht mehr oder nur noch sporadisch nachgehen könne. An Spezialaktionen wie etwa LADRO (Bekämpfung von Einbruchsdiebstählen) sei zudem nicht mehr zu denken, obwohl sie dringend notwendig wären. Auch die organisierte Kriminalität könne sich mangels Ressourcen nahezu ungehindert im Kanton etablieren. Und schliesslich stünden auch kaum Ressourcen für Präventionsmassnahmen zur Verfügung. Aus all diesen Gründen schlägt die Polizei BL in ihrem heute vorgestellten Sicherheitsbericht vor, bis ins Jahr 2032 jährlich 15 Stellen neue Stellen über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) zu schaffen. Der Regierungsrat unterstützt dieses Ansinnen zwar grundsätzlich. Er beabsichtigt jedoch aufgrund der finanziellen Situation des Kantons fürs Jahr 2025 die Schaffung von lediglich fünf neuen Stellen bei der Polizei BL. Angesichts des dringenden Handlungsbedarfs bei der Polizei wird sich im Rahmen des AFP unweigerlich die Frage stellen, ob der Regierungsrat dadurch nicht falsche Prioritäten setzt und die Gewährleistung der Sicherheit vernachlässigt. In diesem Sinne wird der Umfang der Stellenaufstockung im Jahr 2025 sicherlich noch zu diskutieren geben. Dafür bietet der Sicherheitsbericht Polizei.Plus eine gute Grundlage.

Eingereichter Vorstoss

Folgender Vorstoss wurde von der Fraktion der FDP an der LR-Sitzung vom 17. Oktober 2024 eingereicht:

Interpellation 2024/639 - Saskia Schenker: Stand der Projektorganisation (Kanton und Gemeinden) zur Verbesserung der familienergänzenden Kinderbetreuung